

Die Fast-Food-Variante der Sozialen Arbeit

In: Zebratl, Nr. 5, 2005, S. 4-6

zebratl-Fragen an Frau Prof. Staub-Bernasconi

- In der sozialwissenschaftlichen Literatur spricht man vom „doppelten Mandat“ der/des SozialarbeiterIn: die Verpflichtung besteht sowohl individuell dem/der KlientIn und deren Problemem gegenüber als auch politisch dem Gemeinwesen gegenüber. In der Praxis laufen Organisationen Gefahr, gegeneinander ausgespielt zu werden, etwa wenn stärker individualisierte Ansätze von Regierungsseite als „bequemer“ und ergo förderungswürdiger bewertet werden. Wie kann sich die „Sozialszene“, wie auch die einzelnen Akteure zu einer derartigen Einteilung verhalten?

In dieser Frage geht es um zwei verschiedene Themen, die aber zusammenhängen:

Das „doppelte Mandat“ geht auf einen Artikel von Lothar Böhnisch zurück. Es war ein wichtiger Beitrag zur Klärung des Auftrages der Sozialen Arbeit als *Beruf*. Um sie als Profession zu definieren – und das müsste spätestens heute der Fall sein, wo sich die Fachhochschulen als „Universities of Applied Sciences“ bezeichnen, fehlt(e) etwas Entscheidendes, nämlich: dass Soziale Arbeit, die sich als *Profession* versteht, ein drittes Mandat hat – dasjenige seitens der Profession. Dieses beinhaltet wissenschaftsbegründete Arbeitsweisen oder Methoden und den internationalen wie nationalen Berufskodex, in welchem u.a. übereinstimmend festgehalten wird, dass Soziale Arbeit in ihrer Theorie und Praxis die Menschenrechte zu berücksichtigen hat. Diese Forderung wird heute zusätzlich gestützt durch die international konsensuale Definition Sozialer Arbeit¹, die in Adelaide 2004 verabschiedeten globalen Akkreditierungsstandards für Ausbildungen in Sozialer Arbeit sowie die Richtlinien des Europarates von 200., wonach alle Curricula in Sozialer Arbeit das Thema Menschenrechte im Lehrplan haben und die Ausbildner sich verpflichten müssen, einen Beitrag an ihre Umsetzung in der Praxis zu leisten.

Beides, also Wissenschaftsbasierung und Menschenrechte führen zu einem „dritten Mandat“ der Sozialen Arbeit, welches Soziale Arbeit erst zur Profession macht. Und dieses „Tripelmandat“ ermöglicht eine gewisse Unabhängigkeit des Urteils sowohl von den Zumutungen der Gesellschaft, und damit auch der Träger des Sozialwesens als auch – und diese gibt es auch – von bestimmten Zumutungen der AdressatInnen Sozialer Arbeit.

Das zweite Thema ist die einseitig individuumbezogene Förderung der Sozialen Arbeit: Dass seitens der Gesellschaft soziale Probleme individualisiert und damit auch (re)privatisiert werden, ist kein neues Phänomen, sondern hat die Soziale Arbeit seit ihrem Bestehen begleitet, wobei sich je nach (Sozial)Politik Verschiebungen in der Gewicht ergeben können. Zur Zeit wird aufgrund des herrschenden Neoliberalismus alles, sowohl die Probleme, ihre Erklärungen und ihre Lösungen auf das Individuum zurückgeführt. Die Abwehr einer Sozialen Arbeit, die über die Arbeit mit Individuen und Familien hinausgeht ist auch erklärbar. Denn: die Anerkennung, dass individuelle Probleme auch strukturbedingt sind – und dies gilt natürlich erst recht im Bereich der Sozialen Arbeit im Migrationsbereich – wäre ein Eingeständnis, dass sich auch etwas an der gesellschaftlichen Machtstruktur ändern müsste. Die Bruchstelle begleitet aber auch die innerprofessionelle Debatte: So haben sich

1

„Soziale Arbeit ist eine Profession, die sozialen Wandel, Problemlösungen in menschlichen Beziehungen sowie die Ermächtigung und Befreiung von Menschen fördert, um ihr Wohlbefinden zu verbessern. Indem sie sich auf Theorien menschlichen Verhaltens sowie sozialer Systeme als Erklärungsbasis stützt, interveniert Soziale Arbeit im Schnittpunkt zwischen Individuum und Umwelt/Gesellschaft. Dabei sind die Prinzipien der Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit für die Soziale Arbeit von fundamentaler Bedeutung.“ (IFSW/IASSW, Montréal 2002)

Jane Addams und Mary Richmond anfangs des letzten Jahrhunderts genau über diesen Punkt zerstritten. Und Ilse Arlt, die ich als frühe Theoretikerin ausserordentlich schätze, hat ihr Fürsorgewissenschaft vor allem vom Individuum und seinen Bedürfnissen her auf ausserordentlich luzide Weise entwickelt, wobei das Gesellschaftsbild unterkomplex blieb. Bis heute haben wir ein Ungleichgewicht zwischen den in der Ausbildung gelehrt Methoden in Einzel- und Familienhilfe und Methoden der Sozialen Arbeit mit Gruppen, Gemeinwesen, die meistens nur als „Einführungen“ angeboten werden, die weil Casemanagement zur hegemonialen Methode avanciert ist. Das, was sich in der Praxis im Sinne „mehrniveaunaler Sozialer Arbeit“ ergänzen sollte, wird heute aufgrund einer neoliberalen Politik vereinseitigt. Ich denke allerdings, dass der Migrationsbereich mit seiner zunehmenden Ghettobildung ein zentraler Ort wäre, der Gesellschaft aufzuzeigen, dass Soziale Arbeit auch auf dieser sozialen Ebene einen Auftrag hat. Dieser Nachweis ist alleinige Sache der Sozialen Arbeit. Aber dazu würde es wissenschaftliche Studien über die Wirksamkeit von Gemeinwesenarbeit brauchen.

- Sie beschreiben die Legitimationsschwierigkeiten, die professionelle Sozialarbeit im Zuge der abnehmenden sozialen Verantwortung von Politik zunehmend befällt, autonome Systeme und individuelle Selbsthilfe werden im Sinne des Neoliberalismus idealisiert, das Modell des Sozial-(verantwortungsvollen) Staates diskreditiert. Mit welchen Argumenten lässt sich diesem zunehmenden Effizienzdruck begegnen?

Als erstes müsste erkannt werden, dass die Soziale Arbeit nicht einfach unschuldig Opfer dieser Entwicklung ist. Sie benutzen den Begriff „befallen“, wie wenn da eine Naturkatastrophe über die Soziale Arbeit hinweggefegt wäre. Im Gegenteil, sowohl Ausbildung und Praxis (bzw. ihre Träger) haben aktiv viele ideologische und theoretische Prämissen der neoklassischen Ökonomie freiwillig übernommen, zum Teil sogar oft, ohne es zu merken, weil damit ein Versprechen verbunden ist, endlich dazuzugehören, aus der Schmutzdecke herauszukommen. Diese Entwicklung wird in der Fachliteratur als „Managerialismus“ bezeichnet. Wie soll Soziale Arbeit dann fähig sein, diesen theoretischen und vor allem praxisbezogenen Zumutungen, die ein Autor sehr treffend als „Macdonaldisierung der Sozialen Arbeit“ im Sinne eines „Fastfood-Angebotes“ – gekoppelt mit der Empfehlung, weder nach Problemen noch nach Erklärungen für Probleme zu suchen, sondern effizient und lösungsorientiert zu arbeiten - charakterisiert hat, etwas entgegengesetzen?

Etwas entgegengesetzen, theoretischen Widerstand leisten kann man nur, erstens, wenn man eigene, professionsspezifische Theorien unabhängig vom gerade herrschenden Zeitgeist entwickelt hat, zweitens, wenn man Wirksamkeit nicht mit Effizienz verwechselt und schliesslich davon ausgeht, dass das Effizienzdenken an den Menschenrechten – in der Sozialen Arbeit geht es vor allem um die nicht justiziablen Sozialrechte für MigrantInnen - seine Grenzen finden muss.

Das aktuellste Beispiel ist die Revolte in Frankreich, bei der die dramatischen Folgen einer neoliberalen Politik, die mit dem Rückzug des Sozialstaates (Verletzung des Rechtes auf Bildung, Arbeit, für die Mädchen und Frauen zusätzlich auf Freiheit und Unversehrtheit) und dem Abzug der in den Banlieues arbeitenden SozialarbeiterInnen verknüpft war nun sehr deutlich sichtbar werden. Dazu kommt, dass man jetzt bei Problemen nicht mehr zum Sozialarbeiter, sondern zum Imam um die Ecke geht. Auch dies wird nicht nur erwünschte Folgen für eine westliche Gesellschaft haben.

- Wenn Sie von Sozialarbeit als Menschenrechtsprofession sprechen, appellieren Sie auch an ein gewisses Selbstverständnis und Selbstbewusstsein der in diesem Bereich Tätigen. Woher kommt das Fehlen dieses Bewusstseins bzw. die „falsche Bescheidenheit“, die sie diagnostizieren, und wer kann das öffentliche Bild der Sozialarbeit und ihrer gesellschaftlichen Funktion zurechtrücken?

Die selbstverordnete Bescheidenheit beginnt ja bereits damit, dass man „Soziale Arbeit“ nicht als Eigennamen, sondern mit einem kleinen „s“ schreibt. Aber es gibt natürlich wichtigere Gründe: Wer keine theoretisch-wissenschaftliche Vorstellung des Gegenstandes Sozialer Arbeit hat, wer – im Zug der neoliberalen Fastfood-Variante der Sozialen Arbeit – sich nur auf diejenigen Lösungen ohne Erklärungen konzentriert, welche die Klientel den SozialarbeiterInnen präsentieren, kann weder ein professionelles Selbstverständnis entwickeln noch gegenüber andern Professionen, Geldgebern oder Politikern argumentieren. Die professionelle, interdisziplinäre wie öffentliche Argumentationsschwäche der Sozialen Arbeit ist enorm. So ist die Antwort auf Ihre Frage: Nur die SozialarbeiterInnen und ihre Ausbilder selber können das Bild der Sozialen Arbeit in der Öffentlichkeit, aber auch unter den anderen Professionen verbessern. Alles andere ist hilfloses Wunschenken im Sinne eines Prinzen, der mit einem Zauberstab ein verkanntes Dornröschen oder vermutlich doch eher ein Aschenbrödel wachküst.

- Sind die Organisationen selbst nicht oft überfordert mit diesem Thema bzw. wer könnte hier die Rolle des „Lobbyisten“ übernehmen?

Aus Ihrer Frage spricht einmal mehr die Vorstellung, dass „es“ die „Anderen“ richten sollen. Darauf werden die Sozialarbeitenden noch bis an ihr Lebensende warten können. Dabei gehe ich nicht davon aus, dass alle SozialarbeiterInnen, die direkt mit den AdressatInnen arbeiten, diese Öffentlichkeitsarbeit oder das Lobbyieren übernehmen sollen. Das müsste eine Aufgabe der Führungskräfte im Sozialwesen sein. Aber diese sind wiederum auf direkte Information über das, was in der alltäglichen Praxis an Problemen thematisiert und angegangen wird, über Erfolge und Misserfolge angewiesen. Dazu braucht es Dokumentations- bzw. Aktenführungssysteme, die nicht nur festhalten, ob die Leistung nach einem vorgefertigten „Produktkatalog“ erbracht wurde, wie viel Zeit man für einen Fall verwendet und wie viel er gekostet hat, sondern auch über die Arten von Problemen aus der Sicht der AdressatInnen wie der Professionellen, ihre möglichen Ursachen und nicht zuletzt über die Frage, in welcher Hinsicht Menschenrechte geringfügig, mittelschwer oder gravierend verletzt wurden. Das braucht pro Gespräch kaum mehr als zusätzliche drei bis fünf Minuten. Wer behauptet, dass dies unter dem Arbeitsdruck nicht möglich ist, lügt sich in die eigene Tasche und trägt selber zur Abschaffung der Sozialen Arbeit bei. Und es braucht eine Instanz in der Organisation, welche die Aufgabe übernimmt, diese Information zusammenzustellen, zu interpretieren und für Social-Policy-Interventionen, die u.a. auch Lobbying notwendig miteinschließen, fruchtbar zu machen. Wer diese Möglichkeit nicht ergreift, muss sich nicht wundern, wenn Politiker auf die Idee kommen, dass man professionelle Soziale Arbeit eigentlich sehr gut durch SachbearbeiterInnen oder freiwillige HelferInnen ersetzen kann, was beispielsweise in Deutschland in vielen Bereichen im Gange ist.

- Worin liegt in Ihren Augen das mögliche Missverständnis begründet, dass die Grundlage Sozialer Arbeit nicht profundes sozialarbeiterisches Wissen, sondern eher „soziale Empathie“ sei?

Das ist kein „Missverständnis“, sondern ein „Versäumnis“! Und dazu haben, wenn ich das richtig sehe, sowohl die Sozialarbeitenden mit ihrer Theorieskepsis – um nicht mehr zu sagen – und ihrem Dauerruf nach „Praxisrelevanz im Gegensatz zur Theorie“, aber auch die Ausbildungen beigetragen. Letztere hätten den Auftrag, sofern die Bezeichnung „Universities of Applied Sciences“ keine Mogelpackung ist, wissenschaftlich begründete Arbeitsweisen – im Unterschied zu einfachen, von wissenschaftlichen Begründungen losgelöste methodischen Techniken (Rezepten) – zu entwickeln (als zur Zeit prominentes Beispiel das Casemanagement oder die einseitig auf Lösungsorientierung pochenden Verfahren).

Dazu kommt, dass ich nicht verstehe, warum sich „Wissenschaftlichkeit“ und „soziale Empathie“ ausschließen sollen? Wissenschaftlichkeit bezieht sich auf die Lösung kognitiver Probleme des Beschreibens, Erklärens sowie wissenschaftlichen Begründens von

Arbeitsweisen; soziale Empathie bezieht sich auf das Interaktionsgeschehen zwischen Adressaten und Sozialarbeiter:innen. Das sind doch keine Gegensätze, sondern komplementäre Erfordernisse für eine Profession.

- Von verschiedenen Seiten wird im Bereich der interkulturellen Sozialen Arbeit oft der Vorwurf des verdeckten Kolonialismus erhoben, westliche Rechts- und Freiheitsvorstellungen würden über andere Kulturen gestülpt. In wie weit hat diese Argumentation ihre Berechtigung? Hat sich Sozialarbeit auf definierte universale Werte und Rechts zu beziehen (etwa die Menschenrechtscharta)?

Hierzu empfiehlt es sich dringend, die Ergebnisse der UNO Menschenrechtskonferenz von 1993, die ja in Wien stattfand, und die Weiterentwicklung dieser Diskussion ernstzunehmen: Bezeichnenderweise kam und kommt dieses Argument von Machtpotentialen und Vertretern diktatorischer Regimes in Asien wie in Afrika, aber nicht von den dortigen Nichtregierungsorganisationen, die dort im „Basement“ tagen durften und sehr gute Lobbyarbeit gemacht haben. Dort wurde explizit die universelle rechtliche Geltung der Menschenrechte – nach hitzigen Debatten - bekräftigt. In den westlichen Gesellschaften hilft diese Argumentation, sich irgendwelcher Verantwortung für das, was in der Weltgesellschaft, aber auch in ihrer Gesellschaft im Zusammenhang mit der Immigrationsthematik entstanden ist, zu entledigen.

Mit diesem Argument haben viele Menschen im Westen, aber allen voran viele Sozialarbeitende im interkulturellen Bereich – unter Beizug der Vorstellung eines Multikulturalismus-Ideals – implizit, d.h. ohne es zu wollen, alles mehr oder weniger akzeptiert, was in verschiedenen Gesellschaften, Religionen, ethnischen oder nationalistischen Subkulturen usw., aber auch in den westlichen Gesellschaften, kulturell an direkter wie struktureller Gewalt legitimiert wurde und wird: so z.B. patriarchale Familienstrukturen, die Behinderung oder Verweigerung von Bildung für Mädchen, mutwillige Entlassungen in die dauerhafte Arbeitslosigkeit zwecks Gewinnsteigerung für das Top-Management, Rassismus, je nachdem verknüpft mit Antisemitismus, die Beschneidung/Verstümmelung) von Frauen, Zwangsheiraten, Ehrenmorde, Witwenverbrennungen, aber auch demokratiefeindliche Lehrpläne usw. Multikulturalismus ist ein Faktum in Einwanderungsgesellschaften, aber kann kein Ideal sein. Die Menschenrechte müssen als universeller Maßstab für die Beurteilung solch kultureller, menschenfeindlicher „Eigenheiten“ betrachtet werden.

Ich schliesse mit einem Zitat eines indischen Sozialarbeitswissenschaftlers, der meine Überlegungen besser auf den Punkt bringt als ich es vermöchte:

"Die Menschenrechte geben der Profession die Möglichkeit, zu klären, was ihre langfristigen Ziele sind. Sie werden den Sozialarbeiter verstören, der sich zur Ruhe gesetzt und mit den gerade herrschenden Werten und Theorien des lokalen Gemeinwesens Frieden geschlossen hat - und zwar vor allem dann, wenn diese lokalen Werte und Normen mit den Werten und Normen der Profession in Konflikt stehen. Menschenrechte werden von der organisierten Profession fordern, ja sie zwingen, zu sozialen Fragen klar Stellung zu nehmen. Angesichts der Pluralität, die auch in der Sozialen Arbeit herrscht, sind die Menschenrechte ein notwendiger Maßstab und eine Orientierung für konstruktive Aktion." (Madhav Gore 1968)

Prof. Dr. Silvia Staub-Bernasconi

Professorin für Soziale Arbeit und Menschenrechte an den Universitäten Berlin, Fribourg und Wirtschaftsuniversität Wien (ISMOS-Studiengang Master of Business Administration);

Wissenschaftliche Leiterin des Masterstudiengangs "Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession" der drei Fachhochschulen Berlins sowie des Instituts für Rehabilitationswissenschaften der Humboldt Universität Berlin;

Mitglied der Intern. Human Rights Commission der Intern. Association of Schools of Social Work (IASSW)